

(Ministerpräsident Dr. Gradnauer.)

- (A) Daß es da zu den schwersten Unruhen in jenen Gegenden kommen würde, daß es der Anfang einer dauernden Besetzung sein sollte, darüber werden wir uns kaum einer Täuschung hingeben.

(Sehr richtig!)

Die Polen haben es offen ausgesprochen, daß sie Danzig haben wollen und einen hundert Kilometer breiten Streifen auf beiden Ufern der Weichsel. Das entspricht in keiner Weise den Grundsätzen, die Wilson in bezug auf die polnische Frage in der angezogenen Botschaft geäußert hat. Wilson hat verlangt, daß dem polnischen Staate ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet werden und daß er durch internationale Verträge den Polen garantiert werden soll. Auf diesen Boden kann und muß sich gegenwärtig die Reichsleitung stellen; aber darüber hinauszugehen, müssen wir ablehnen, weil das eine ungeheure Beeinträchtigung elementarster Interessen nicht nur des preußischen Staates und des preußischen Volkes, sondern des ganzen Deutschen Reiches wäre,

(Sehr richtig!)

- (B) nicht nur weil Danzig eine kerndeutsche Stadt ist, sondern weil eine dauernde Festsetzung der Polen in jenem Gebiete bedeuten würde, daß lebenswichtige Provinzen, Ostpreußen und Westpreußen, in Zukunft gefährdet sind und die Abtrennung dieser Provinzen vom Gesamtlande des Deutschen Reiches immerdar drohen würde.

Die Polen gehen auch darauf aus, Oberschlesien mit seinen Bodenschätzen für sich gewinnen zu wollen. Auch gegen den Anschluß Deutsch-Osterreichs wird von Paris mit allen Kräften vorgegangen.

In alledem zeigt sich in der Tat eine Ländergier, die ohne Maß und Ziel ist.

(Sehr richtig!)

Man will auch 320 Milliarden Kriegsschädigung aus dem armen deutschen Volke herauspressen.

Angesichts solcher Tatsachen und solcher Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit, wie sich in diesen Plänen äußert, ist es begreiflich und berechtigt, daß bei uns in Deutschland eine helle Flamme der Empörung auflobert. Daher die Kundgebungen, wie wir sie in den letzten Tagen in Berlin, Frankfurt a. M., Breslau und Danzig erlebt haben. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß deshalb auch wohl alle Parteien in dieser Volksammer darin einig sein werden, daß sie mit Leidenschaftlichkeit gegen eine solche Vergewaltigungs-

politik, wie sie uns bei Friedensschluß zugebacht ist, Einspruch erheben.

(Sehr richtig!)

Gerade eine sozialistische Regierung hat ein besonderes Recht, in feierlichster Weise Einspruch zu erheben gegen solche Vergewaltigungspläne.

(Sehr gut!)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in den vergangenen Jahren mit äußerstem Eifer dafür gearbeitet, daß ein Friede erstrebt werden müsse, der nicht eine Vergewaltigung anderer Völker bedeutet. Aber gerade, weil wir keine Vergewaltigung der anderen gewollt haben, können wir auch mit vollstem moralischem Recht für unser Volk in Anspruch nehmen, daß es beim Friedensschlusse nicht vergewaltigt werden darf. Dementsprechend hat soeben eine Konferenz, die von der Sozialdemokratischen Fraktion in Weimar, von dem Sozialdemokratischen Parteiauschuß und anderen leitenden Körperschaften dieser Partei besucht war, eine flammende Kundgebung gegen diese Vergewaltigungspläne erlassen. Wir müssen einen Frieden der Gerechtigkeit um der Zukunft Europas willen verlangen. Wenn ein solcher Frieden zustande kommt, wie er von Paris aus jetzt erstrebt wird, dann ist kein Zweifel, und darüber soll man sich an der Themse und an der Seine nicht täuschen, dann wird keine Ruhe in Europa werden;

(Abg. Günther [Blauen]: Sehr richtig!)

dann wird der Keim zu neuen Konflikten bleiben, dann wird eine dauernde Beunruhigung in allen Völkern Europas verbleiben. Wir wünschen, daß ein wirklicher Friedenszustand in Europa zustande kommt.

Es ist in diesen letzten Zeiten viel von einem Völkerbunde gesprochen worden. Die sozialistische Regierung erstrebt einen solchen Völkerbund. Wir wünschen, daß die Völker sich in ihren Interessen nach Möglichkeit auszugleichen suchen, daß sie alle Mittel aufwenden, um Streitigkeiten, die aus den Interessengegensätzen erwachsen können, vernünftig zu regeln. Wir wünschen, daß der Völkerbund gegründet wird. Aber er kann nur gegründet werden unter Gleichberechtigung aller. Will man das deutsche Volk vergewaltigen, dann ist das Wort vom Völkerbunde nichts als Heuchelei.

(Sehr richtig!)

Gegen solche Bestrebungen, gegen eine Vergewaltigung des deutschen Volkes protestieren wir auf das entschiedenste und wünschen, daß die Reichsleitung fortfahren möge,